Humanistische Union

Eine Kulturpolitische Gesellschaft für die Bundesrepublik

Aus:vorgänge Nr. 24(Heft 6/1976), S. 117-120

(vg) Im Juni 1976 wurde in Hamburg eine „Kulturpolitische Gesellschaft eV" gegründet, die den Prozeß der kulturellen Demokratisierung vorantreiben, die Trennung zwischen der scheinbar unpolitischen Welt des Geistes und den Realitäten des Alltags überwinden helfen, kulturelle Alternativen und Innovationen ermöglichen will etc. Mehr als 150 Persönlichkeiten des sogenannten kulturellen Lebens waren ihre Gründungsmitglieder. Präsident der Gesellschaft wurde der Bundestagsabgeordnete Olaf Schwencke, Geschäftsführer Alfons Spielhoff. Das Themaheft über „die Rolle der Kultur" gibt uns Anlaß, das „Grundsatzpapier" dieser Vereinigung bekanntzumachen.

1. Allgemeine Problemstellung

Es besteht Einigkeit darüber, daß die Kultur (Methode des menschlichen Zusammenlebens) die humane Identität einer ganzen Gesellschaft abbildet und damit entscheidend ihr sozial-politisches Niveau mitbestimmt. Zunehmend wird auch erkannt, daß Kultur nicht reiner Überbau ist, bloße Verzierung des Alltags, ideologische Idealisierung von Lebenszusammenhängen durch die Beschwörung des Guten, Wahren und Schönen, vielmehr selbst ein produktives Element gesellschaftlicher Zustände sein kann: Offensichtlich gilt immer noch, daß die Gesellschaft die Kultur hat, die sie verdient. Dabei geht Kultur nie völlig in der ästhetischen Reproduktion vorhandener gesellschaftlicher Zustände auf. In ihren individualisierenden oder utopischen oder kritischen Elementen produziert sie auch ständig Alternativen zur Alltagsroutine, mit der wir unsere Umwelt nur noch wahrnehmen können.

Die Industriegesellschaft braucht deshalb Kultur dringender als jede Gesellschaft vor ihr. Vom Deutschen Städtetag ist in Dortmund 1973 „Kultur für alle"–Soziokultur, mit einem anderen Wort – mit Recht als kommunale Gemeinschaftsaufgabe proklamiert worden: „Kulturarbeit muß der Entfaltung und Entwicklung der sozialen, kommunikativen und ästhetischen Möglichkeiten und Bedürfnisse aller Bürger dienen" (Wege zur menschlichen Stadt, Deutscher Städtetag, Köln 1973, S99).

Kulturarbeit kann in der Industriegesellschaft nur wirkungsvoll sein, wenn sie organisiert wird. Das ist die Aufgabe der Kulturpolitik, und zwar über die regionale und kommunale Ebene hinaus, wenn sie mehr schaffen will als provinzielle Kultur. Parteipolitik und politische Öffentlichkeit haben sich dieser Aufgabe bisher nur zögernd oder gar nicht gestellt. Nur wenige Politiker und engagierte Bürger beteiligen sich an der Erarbeitung einer neuen, mit den gesellschaftspolitischen Aufgaben gewachsenen Kulturpolitik. Anders als Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik stößt Kulturpolitik bisher auf kein breites öffentliches Interesse, obgleich dieses Interesse nach den Ergebnissen des Künstlerberichts der Bundesregierung in den erstaunlich breit gestreuten kulturellen Bedürfnissen der Bevölkerung latent vorhanden ist. Darin gleicht Kulturpolitik anderen politischen Problemen wie Umweltschutz, Denkmalschutz oder Frauenfragen, die scheinbar ganz plötzlich ins Zentrum öffentlichen Bewußtseins und der politischen Auseinandersetzung getreten sind.

Noch fühlen sich nur wenige Bürger von kulturpolitischen Entscheidungen betroffen. Das ist vor allem damit zu erklären, daß die tradierte – und in unseren Kulturinstituten fixierte – problematische Einengung des Kultur-Begriffs noch nicht überwunden ist. So finanzieren zwar alle Steuerzahler öffentliche Kultur – aber häufig in Formen, an denen sie selbst gar nicht teilnehmen, während alternative Formen einer „Kultur für alle" nicht akzeptiert, übersehen, auf jeden Fall nicht hinreichend gefördert werden.

Der Anlaß zur Gründung einer Kulturpolitischen Gesellschaft (KG) konkret:

— eklatante kulturpolitische Defizite in Öffentlichkeit und Parteipolitik

— mangelnde Reflexion des Kulturbegriffs, und als Folge davon:

- mangelnde Unterstützung kultureller Initiativen
- zu wenige und nur gering unterstützte kulturelle Innovationen

- Vernachlässigung der „Kultur-Forschung”
— Fehlen kulturpolitischer Konzepte in Kommunen, bei Parteien, Gewerkschaften, Verbänden etc
— permanente Benachteiligung der Kulturpolitik gegenüber anderen Sektoren mit der Folge
- ständiger finanzieller Unterprivilegierung kultureller Initiativen
— Isolierung kulturpoIitischer Planungen von anderen gesellschaftspolitischen Maßnahmen, insbesondere der Bildungs- und Sozialpolitik sowie auch der Außenpolitik („Auswärtige Kulturpolitik")
— Überprüfung von Aufgaben und Zielen deutscher (europäischer) auswärtiger Kulturpolitik.
All dies sind Anlässe, die die Notwendigkeit einer kulturpolitischen Gesellschaft evident machen.

II. Wo muß eine Kulturpolitische Gesellschaft ansetzen? Kulturpolitische Alternativen zu wollen bedeutet nicht, vorhandene kulturelle Einrichtungen zu verneinen. Sie gehören in ein Entwicklungskonzept von Kulturpolitik zweifellos ebenso hinein wie neue Formen kultureller Initiativen. Der KG geht es primär darum, kulturellen Professionalismus wieder mit kulturellen Bedürfnissen breiter Kreise der Bevölkerung zu verbinden und auf diese Weise das kulturelle Spektrum in unsrem Lande zu erweitern. Das wiederum muß auch auf die deutsche (europäische) auswärtige Kulturpolitik Auswirkungen haben.

Eine initiative kulturpolitische Praxis sollte
— die vielfältigen Interessen und Bedürfnisse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen unterstützen und dort, wo sich solche Ansprüche nicht oder noch nicht artikulieren können, sie antizipieren oder durch Maßnahmen der Kreativierung bewußt machen
— einerseits kommunikative und ästhetische Innovationen im Rahmen professioneller Spitzenleistungen fördern, andererseits zugleich die Partizipation nichtprofessioneller Individuen und Gruppen mit unterschiedlichem Bildungshintergrund an kreativer Arbeit unterstützen
— von einem auszuarbeitenden Prinzip der „Bürgernähe” ausgehen, wobei der Kulturvermittlung und der Anregung zur Entwicklung kultureller Alternativen ein besonderer Vorrang eingeräumt wird
— der ldeologie von der „Gesellschaftsenthobenheit der Kultursphäre” ebenso entgegentreten wie der zunehmenden Vermarktung kultureller Angebote nach privatwirtschaftlichen Rentabilitätsnormen, vor allem im Rahmen der sogenannten „Freizeitindustrie”
— sich einsetzen für die Unterstützung der Freiheitsrechte der Kulturberufe
— einerseits für eine entschiedene inhaltliche und formale Angebotsvielfalt eintreten, andererseits diese aber nicht als sammelsurisch-beliebigen Pluralismus verstehen, sondern von den gesellschaftlichen Gebrauchswerten kultureller Angebote ausgehen
— die Bedürfnisse nach „populären”, „alltäglichen” oder unterhaltenden Inhalten und Formen akzeptieren und außeralltägliche, spirituelle und rituelle Erfahrungen nicht vernachlässigen
— der immer vorhandenen Tendenz zur inhaltlichen, formalen und institutionellen „Festschreibung” entgegen-wirken
— in ‚kulturellem Fortschritt" einen dauernden Prozeß ohne vorprogrammierbares Endergebnis sehen, für den finanziell institutionelle Freiräume und Sicherheiten ebenso notwendig sind wie die bewußte Förderung von Innovationen
— die Solidarität aller an kulturellen Fragen Interessierten gegenüber Versuchen des „Kulturabbaus” und der Kontrolle kultureller Arbeit unterstützen, zumal Kulturschaffende mit gesellschaftskritischem Anspruch nach gängiger Rechtsauffassung im Ernstfall als Individuen einen vergleichsweise geringeren Schutz nach Art 5.3 GG (Kunstvorhalt) erwarten dürfen
— die in der Künstler-Enquete der Bundesregierung erhärtete Tatsache beachten, daß in nahezu allen Gruppen der Kulturberufe mehrheitlich eine stärker gesellschaftsbezogene Arbeit gefordert oder befürwortet und die bisherige Aus- und Fortbildungspraxis lebhaft kritisiert wird
— in der Einsicht, daß herkömmliche wie alternative kulturpolitische Praxis auf das Potential der vorhandenen und derzeit ausgebildeten Künstler und Autoren angewiesen ist, dafür Sorge tragen, daß die kulturellen Arbeitsmöglichkeiten verbessert, auch eine soziale und berufliche Sicherung gewährleistet wird
— bei allen Maßnahmen von der Voraussetzung ausgehen, daß Kultur nicht ein ausdifferenziertes gesellschaftliches System mit professioneller Struktur ist, sondern durch den gesamten kommunikativen Stil einer Gesellschaft geprägt wird: die „Kultur im engeren Sinn” ist einbeschrieben einer „Kultur im weiteren

Sinn", wie sie etwa von der Kulturanthropologie, -ethnographie oder Ethnomethodologie erforscht wird.

III. Aufgaben und Ziele der KG

Im folgenden werden Aufgaben und Ziele genannt, die der Illustration eines Arbeitsprogramms der KG dienen und zugleich derzeitige kulturpolitische Defizite darstellen:

1. Dokumentationen alternativer kultureller Aktivitäten, die auch als organisierte oft nur regional bekannt sind. Noch weniger weiß man über Konzepte, Ziele und Erfahrungen nicht-kulturell etablierter Initiativen, zu denen gehören können

— Kommunikations- und Aktionszentren
— Aktionen zum Umweltschutz
— Bemühungen zur Bewahrung historisch gewachsener Stadtkerne und Bauten
— die Unterstützung von Altbau-Sanierungsprogrammen
— Aktivitäten im Rahmen der Denkmalspflege usf. Ebenfalls kaum dokumentiert sind die Aktivitäten der zahlreichen, auch in der BRD inzwischen arbeitenden Videogruppen
— die Erfahrungen mit Kindertheater, Modalitäten der Zusammenarbeit zwischen Massenmedien und kommunalen Kulturinstitutionen, usf.

2. Die Abstimmung regionaler Kulturpolitik mit der von Nachbarregionen ist nicht nur aus ökonomisch-finanzpolitischen Gründen bedeutsam, sondern auch aus Gründen gegenseitiger Anregung. Bis heute gibt es auch keine Abstimmung kultureller Initiativen und ihrer kulturpolitischen Betreuung auf Bundesebene.

3. Die Förderung internationaler Kontakte. Die KG sollte grundsätzlich europäisch bzw international ausgerichtet sein. Sie sollte vor allem bi- und multilaterale Kulturbeziehungen fördern und pflegen: die Arbeit der internationalen (Unesco), der europäischen (Council for Cultural Cooperation des Europarats) sowie nationaler Gremien (zB Städtetag) unterstützen und kritisch beobachten.

4. Der Zusammenhang von Kulturpolitik und Bildungspolitik ist zu reflektieren und wiederherzustellen. Es genügt nicht, Schüler ab und zu in eine Stadttheateraufführung zu führen oder im Rahmen des Volkshochschulprogramms eine Spielgruppe anzubieten. Hier ist sehr viel mehr gegenseitige Anregung und Förderung möglich.

5. Die Kooperation (die Konflikte nicht ausschließen muß) von
Kulturpolitikern verschiedener Provenienzen von der kommunalen Ebene bis zum Bund
von Kultur-Administratoren in der Verwaltung
von Wissenschaftlern und Experten an den Hochschulen und Ausbildungsstätten
von Kunstproduzierenden (Malern, Schriftstellern, Komponisten usf)
von Kunstreproduzierenden (Mitarbeitern in Theatern, Museen, Orchestern etc)
von Kunstpublizisten
ist herzustellen und zu fördern. Aus allen genannten Gruppen sollten daher Mitarbeiter für die KG gewonnen werden.

6. Die Unterstützung interdisziplinärer Aktivitäten und damit der Verzicht auf die Gründung von Fach-Sektionen (Theater, Oper usf) ergibt sich aus den allgemeinen Vorüberlegungen. Interdisziplinäre Projekte sollten gefördert und unterstützt werden, etwa Stadtteilprojekte, die die Aktivitäten allgemeiner und politischer Bildung, sozialer Betreuung und kultureller Anregung zusammenfassen.

7. Der Mensch ist das Subjekt, nicht das Objekt städtebaulicher Planung. Die KG betrachtet Maßnahmen der Stadtplanung, weil alle Bürger davon betroffen sind, als architektonisch-kulturelle Aktivität von kommunal-politisch höchster Bedeutung. Sie wird daher diesem Aspekt große Aufmerksamkeit schenken müssen.

8. Die Ausleerung und Tristesse großstädtischer Innenstädte ab 18 Uhr erfordert die Entwicklung von Programmen, die den abendlich-kulturellen Raum der Innenstadt für alle Bürger attraktiv und nutzbar machen.

9. Die Unterstützung regionaler und lokaler Kultur auf professioneller, semiprofessioneller und spontaner Ebene bedarf der besonderen Förderung, Die Wohnreviere müssen wieder lebenswert werden dadurch, daß Nachbarschaftsbeziehungen gefördert, die Wohnlichkeit der Straßen erhöht, kurz: psychogeographisch libidinös besetzte Orte bereitgestellt werden, die der Privatisierung des Lebens und seiner Stereotypisierung entgegenwirken.

10. Wichtig ist die Untersuchung und Förderung der Medien-Kultur. Die öffentlich-rechtlichen Massenmedien Rundfunk und Fernsehen müssen vor einer Kontrolle durch Parteienproporz ebenso bewahrt

werden wie vor einer wachsenden Bürokratisierung. Gleichzeitig sind Alternativen experimentell zu erproben: etwa die Nutzung kabelverbundener Informationssysteme in Stadtteilen.
11. Die Kulturförderung in den deutschen Mittel- und Kleinstädten ist besonders notwendig. Hier gibt es vor allem jugendliche Aktivitäten, die oft auf Unverständnis stoßen und behindert werden. Hier ist zum einen Aufklärungsarbeit notwendig, zum anderen sind Mittel und Wege zu suchen, das offizielle Kulturangebot breiter zu machen und im Niveau zu verbessern.
12. Es gibt eine breite Jugend-Szene, die von vor allem musik-kulturellen Aktivitäten bestimmt wird. Noch heute werden Pop-, Rock- oder Beat-Initiativen von Jugendlichen, die in dieser Musik ein legitimes und genuines Ausdrucksmittel sehen, als „nicht kulturell" eingestuft und entsprechend wenig gefördert. Es gibt eine Vielzahl von kulturellen Alternativen, deren Authentizität für bestimmte Altersgruppen und Adressaten zu untersuchen und — bei positivem Ergebnis — auch gesamtgesellschaftlich als bedeutsam betrachtet werden kann.
13. Kultur muß als Meßeinheit in den Index für die Darstellung unseres Lebensstandards aufgenommen werden. Ihre zutiefst humane Wirkmöglichkeit ist nicht gegen, sondern nur durch und mit Politik zu entfalten.
14. Organisation, Produktion, Verbreitung, Rezeption und Wirkung von Kultur ist hierzulande noch kaum untersucht. Die KG sollte Untersuchungsprogramme entwickeln und fördern, die sich mit den eben genannten Fragen beschäftigen. Studien zur „Kreativität der Massen", Entwicklung von Konzepten für alltägliche und festliche Begegnungen der Bürger, Initiativen zur Entwicklung einer gruppenauthentischen Sprache und Fragen der Entwicklung eines Kultur-Curriculums sind Aufgaben, die wissenschaftlicher Grundlegung bedürfen, bei ihrer Realisation wissenschaftliche Begleitung fordern mit dem Zweck, daß die wissenschaftliche Auswertung Ergebnisse an die Hand gibt, die die Qualität kultureller Initiativen verbessern helfen.
15. Leitbegriffe der bildungspolitischen und kulturpolitischen Diskussionen wie
— Emanzipation
— Kreativität
— Partizipation
— Kommunikation
— Humanisierung
— Identitätsfindung
sind in konkreten kulturpolitischen Konzepten zu operationalisieren und auf ihre Brauchbarkeit zu überprüfen. Zur Lösung dieser Aufgabe ist die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis unabdingbar. Dieser Katalog stellt Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitsrichtungen der KG dar. Auf eine systematische Ordnung und Taxonomisierung ist verzichtet worden, weil die Arbeit der KG nicht von einem starren Programm ausgehen kann, sondern sich auf aktuelle Angebote, Anlässe und Initiativen beziehen muß.

Die genannten 15 Punkte dienen dazu, das Profil der Gesellschaft zu verdeutlichen.
IV. Mittel zur Erreichung der Ziele der Gesellschaft:
— Information — durch Kolloquien zur Förderung der Kommunikation
— Dokumentation und Ausstellungen
— Analyse
— Organisation
— Innovationsforschung
— Strategienentwicklung
— Kulturentwicklungsforschung (und Statistik).
Die KG sieht mannigfache Möglichkeiten, kulturpolitische Initiativen zu fördern. Insgesamt geht es ihr um die Herstellung eines kulturpolitischen Forums, das sich darstellen kann
— in einer „Zeitschrift für Kulturpolitik", die von der Gesellschaft getragen wird und über Theorie und Praxis kultureller Arbeit berichtet
— in kulturpolitischen Veranstaltungen mit Vertretern unterschiedlicher, im Kulturbereich tätiger Gruppen in Bildungsstätten
— durch die Darstellung der Arbeit und der ausgegebenen Anregungen durch Massenmedien
— durch die Unterstützung kultureller Innovationen durch Preisausschreiben

— durch konkrete Anregung und Unterstützung kulturpolitischer Initiativen durch die KG als Organ oder auch durch einzelne Mitglieder der Gesellschaft, die wegen ihrer Kompetenz um Hilfe angerufen werden. Die KG ist nicht darauf aus, allein die Kulturpolitik in unserem Lande zu repräsentieren und zu vertreten. Vielmehr will sie anregen, ermuntern, in bestimmten Fällen auch Schutz geben durch Problematisieren, Nachfragen, Forschen. Ihre wesentlichen Mittel werden auf dem Gebiet der Kommunikation liegen; ihr Handeln kann sich in kulturpolitischen Stellungnahmen ausdrücken.

---

https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/24-vorgaenge/publikation/eine-kulturpolitische-gesellschaft-fuer-die-bundesrepublik/
Abgerufen am: 02.11.2026